

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

254 (13.9.1919) Erstes Blatt

Karlsruher Tagblatt

Bestellungspreis
in Karlsruhe frei ins
Haus geliefert monatlich
1,90 Mk., vierteljährlich
5,70 Mk., an
den Ansorbefestellen ab
1,80 Mk., monatlich 1,80 Mk.,
wenn man sich durch
den Postträger ins
Haus gebracht vier-
wöchentlich 5,80 Mk. Ein-
zelnummer 10 Pf.

Redaktion, Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Königsplatz 1.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Ausgaben:
Die beiden Nonpareille-
ausgaben haben einen
Preis von 1,20 Mk.
an der Stelle 1,20 Mk.
Auf diese Preise
20% Zenerungsabgabe.
Abgabe nach Tarif.
Anzeigen-Annahme
bis 12 Uhr mittags,
kleinere Anzeigen
bis 4 Uhr nachmittags.
Vertriebsabteilung:
Königsplatz Nr. 203.
Berlin Nr. 207.
Schriftleitung Nr. 20 u. 894.

Gesamtdirektor: Gustav Reppert; verantwortlich für Politik: Martin Solinger; für Baden, Lokales und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Beilagen: Carl Seffemer; für Inserate: Paul Kuhnmann.
Redaktion: Dr. Kurt Dietrich, Friedenau, Fregestraße 65/66. Telephonamt: 2002. Für unvollständige Manuskripte oder Druckfälschungen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Vorsto beiliegend ist.

116. Jahrg. Nr. 254.

Samstag, den 13. September 1919

Erstes Blatt.

Schöpferische Demokratie.

Von Professor Dr. Willy Hellpach.
I. Die Idee.

Wiederum weht „von Rechts wegen“ das schwarz-rot-goldene Banner über Deutschland, und wiederum nicht als ein Zeichen der Erfüllung, sondern nur der Verheißung; der Verheißung auf eine großdeutsche demokratische Republik, die erst kommen soll. Aber verheißt man es uns nicht: die Verheißung von heute findet nicht den begeisterten, inbrünstigen, kühnen Träume und stolze Hoffnungen umspannenden Glauben, wie vor 70 Jahren. Sie findet einen unruhigen, bedrückten, vergrämten Zweifel. Gleichsam papieren mutet uns die Flagge der alten deutschen Demokratie an, denn lediglich auf dem Papier, als beschlossene Verfassung, steht heute das neue Deutschland, ob nicht die Säule der Wirklichkeit dieses Stück Papier nur aus Luft in Fäden zerweht, über die fahlen Stoppeln nationaler und demokratischer Hoffnungen treiben werden. Viele fürchten es. Sie sehen das Reich zerbröckeln, aber dem man die alte Flagge gehißt hat, und suchen vergeblich die schöpferische gestaltende Freiheit, als welche die Demokratie wie jede andere Staatsform allein Wert und Wirkung hat; sie sehen die Ueberbleibsel noch überkommener Realitäten dahinschwimmen, ohne daß der zeugende Keim neuer Realitäten, die Idee, sichtbar würde.

Der erfahrene Führer der verflochtenen badischen Großpolitik, Rebmann, hat vor einigen Wochen in Karlsruhe einmal gesagt (und heftigste Heiterkeit seiner Hörerschaft stimmte ihm zu): „Ideen will ich Ihnen aus dem Aermel schütteln, so viele Sie wollen, aber damit ist wenig gewonnen. Versuchen Sie erst einmal ein Dutzend Deutsche unter einen Hut zu bringen und Sie werden merken, was Politik heißt.“ Ich muß dieser Sentenz den Glauben versagen. Streiten wir nicht über die Reichsfrage, mit der sich Ideen aus dem Aermel schütteln lassen. Wir sehen, daß so viele unermüdet ihre Aermel schütteln, ohne daß irgend etwas herausfiel, was einer Idee ähnelte. Unter den Hut aber bringt man die Menschen eben nur mit einer Idee, die sie ergreift und erfüllt, und die trotzlose Verpaltung des deutschen politischen Lebens ist in der Hauptsache ein Ausdruck unseres Mangels an politischen Ideen. Freiheit muß man richtig ergreifen, was eine Idee ist. Nicht jeder beliebige Einfall ist eine, obgleich man behaupten darf, daß unsere Lage nicht so trostlos wäre, wie sie ist, wenn unsere Politiker in den Prüfungen der letzten Jahre überhaupt etwas eingeklappt wäre. Der Begriff der Idee stammt von Platon, der zugleich der erste Denker einer Politik war, und noch heute ist die wirkliche Idee das, was sie im platonischen Sinne bedeutet: die Wesenheit der Dinge. Wer das Wesen einer Entwicklung, die sich vollzieht, ergreift; wer die Gestaltung erkennt, der dieses Wesentliche austreibt — der hat eine wirkliche Idee, die als solche auch schöpferisch ist. Das Wesen des Weltens, inmitten dessen wir stehen, zu begreifen und darnach das Werden selber zu gestalten — das bedeutet, eine politische Idee gewinnen. Und darauf muß unser aller Bemühen gerichtet sein. Auch die Möglichkeit, daß eines Tages der politische Genius erscheint, der alle unsere Arbeit mit den Schöpfungen seiner Intuition weit hinter sich läßt, entbindet uns nicht der Pflicht, wegberaubend vorzuarbeiten.

Zwei elementare Tendenzen werden im Chaos unseres politischen Alltags immer wieder sichtbar. Strengere Staatsgelenkung will die eine, alle Erziehung soll darauf ausgerichtet werden. Aber zugleich befreit sich die Meinung, daß der Staat an seiner äußerlichen Ueberpannung zerbrechen sei; daß seine bloßen Formen wenig bedeuten und gewählter — desto weniger, je harter und äußerlicher sie sind, daß der lebendige Staat aus dem Boden der Gesellschaft wachsen muß und daß der Staatsbürger eine tote Puppe bleibt, wenn nicht der Mensch mit seinem wertvollsten, d. h. mit seinem Ich an dem Kern, in ihm eingest. Vor uns liegt mit andern Worten die Aufgabe, aus der Tiefe des Mittelalters und der Antike die Aufklärung, deren geistige Mechanik erst ganz zusammengebrochen ist, eine Synthese zu schaffen; die Aufgabe, die organische Gesellschaft mit dem mechanischen Staat in einer höheren Einheit zu verknüpfen — jenen organischen Staat zu schaffen, zu dem das Mittelalter nicht gelangen konnte und von dem die neue Zeit sich immer abheftiger entfernte; der nicht bloß eine Sicherung der Gesellschaft, nicht bloß ihr Gegenwärtiges oder ihre Kammer, sondern das wirkliche Integral ihrer auseinanderstrebenden Differenzierung ist, oder mit andern Worten die politische Kunstschöpfung, gestaltet aus dem farbigen Vielerlei jener sozialorganischen Lebensformen, die aus den natürlich strebenden Kräften des Menschens und seiner Gemeinschaft wachsen. Die Natur, die nicht durch Warnungstafeln und Drahtgitter, auch nicht im Herbarium oder im Spiritusglas, sondern als Garten gebändigt wird; dies Bild etwa möge, soweit Bilder es überhaupt können, das Verhältnis der menschlichen Gesellschaft zum künftigen

Staat im Unterschied von ihrem Verhältnis zum verflochtenen Staat verdeutlichen.

Eine solche Gestaltung ist nur möglich, wenn für die Weltung des einzelnen im Staat ein Maß gefunden wird, das gerecht genug ist, um nicht wieder die Gesellschaft über den Staat (wie im Mittelalter) — und lebendig genug, um nicht den Staat über die Gesellschaft (wie in der neuzeitlichen Entwicklung) Herr werden zu lassen. Dieses Maß kann also nicht die Geburt, nicht der Besitz und auch nicht die bloße Außerlichkeit der Berufsangehörigkeit, sondern kann nur jene

Der großdeutsche Gedanke.

H. Von unserer Berliner Redaktion wird uns berichtet:

Die verbissene Grenzähligkeit, mit der Clemenceau und die übrigen französischen Nationalisten dem wehrlos gemachten Deutschland immer wieder die gepanzerte Faust vors Gesicht halten, um durch diese Demütigung des noch immer so sehr gefürchteten Gegners das französische Prestige möglichst hell erstrahlen zu lassen, tut im deutschen Volke langsam, aber sicher seine Wirkung. Wenn ein Völkerpsychologe einen Preis ausgesetzt hätte für die beste Methode, ein ganz nutzloses, großdeutsches Nationalbewußtsein aufzuwecken zu lassen, so würden die blindwütigen Politiker in Paris sich diesen Preis gewinnen durch die sinnlose und expressive Injurie, mit der sie die für den Augenblick auch uns nur als ferne, aber unveränderliche Ziel vornehmende Vereinigung Deutschlands mit dem Deutschen Reich für immer verhindern wollen.

Zwar hat Herr Clemenceau auf Einspruch der anderen großen Mächten bereits Wasser in seinen Radewein tun müssen, aber noch ist man in Washington und London Frankreich gegenüber zu bekämpfen, um es mit dem gehörigen Nachdruck zur Mäßigung zu rufen. Und so steht uns wohl, wenn auch nicht der weitere Vorwärtsschritt französischer Truppen im Rheingebiet, so doch eine neue formelle Demütigung bevor.

Aber in dieser neuen Pein ist doch auch das Gute, das erneut dem ganzen deutschen Volke eingeschämert wird, es gibt wieder eine deutsche Frage, die jedem Deutschen im Herzen brennen muß und deren Lösung jetzt unser aller oberste Pflicht sein muß.

Nicht nur unsere Staatsmänner und Politiker, auch unsere Kaufleute, Industriellen und Arbeiter müssen heute, daß die deutsche Politik wieder ein leuchtendes Ziel hat, das dem gar zu schnell geführten Deutschland Bismarcks gerade in ideeller Hinsicht verhängnisvoll gefehlt hat. In diesem Sinne also weiter, Herr Clemenceau. Die Vogt der Geschichte ist eben stärker als ein zäher Grenzwille, dessen Unfruchtbarkeit vielleicht früher als man ahnt auch in Frankreich selbst erkannt werden wird.

Der politische Kurs.

H. Aus Berlin wird uns berichtet:
Herr Scheidemann ist nach dreimonatigen Ferien aus der Schweiz zurückgekehrt und hat mit einer großen Programmatik in Basel zwar nicht als aktiver Reinerumstamman, aber doch wohl im Namen der regierenden Mehrheitssozialisten loszusagen die politische Saison einleitet. Er hat darin auch, abgesehen von persönlicher Selbstverleumdung, scharfe Worte nach rechts und nach links gefeuert, was nicht nur beachtet, sondern auch notwendig ist.

Aber leider waren diese Worte doch sehr viel schärfer nach rechts, als nach links gerichtet und leider hat auch Herr Scheidemann nicht erkennen lassen, ob er die Notwendigkeit einer Reorganisation der einseitigen Revolutionspolitik und die Bildung einer vollständigen Koalitionsoberleitung einsehen hat.

Das Weitem und Eisern gegen den Monarchisten Reinhardt und die Warnung vor der großen Revolution nach rechts tut es nicht mehr. Auch sind die Kinder Parteieifer, der im Lande nur erneut die Frage erheben läßt, können unsere ideellen Interessen bei dieser Reorganisation mit so auseinanderstrebenden Massendruckern — auch Reinerumstamman sind Massenvertreter — überhaupt noch Schutz finden.

Gegen die sozialdemokratische preussische Finanzminister Siedelmann gegen die Steuerungsfragen an die Eisenbahnbeamten protestiert, weil somit die Arbeiter erneute Lohnforderungen fordern würden. Ja weiß man denn nicht, in welcher bedrückender Lage sich gerade die Beamten, Angestellten und überhaupt der gesamte Mittelstand befindet, während die Arbeiterverhältnisse verhältnismäßig beträchtliche wirtschaftliche Verbesserungen erlangt hat? Wann wird die Regierung willens und fähig sein, dem Gleichheitswahn der Massen mit ruhiger Festigkeit entgegenzutreten? Wie will Herr Scheidemann die wachsenden Sorgen des ganzen weiten Mittelstandes positiv beantworten, und wie will er ferner die Ruhe und Ordnung für den Winter gewährleisten, wenn er vor rückwärtsgeringer Energie gegen die Massenbewegung zurückbleibt?

Worte tun es da einmal nicht. Man denke an die Legung der Unabhängigen, die Sozialisten einen ersten Akt und an die eben in München verhandelten Geiselmorde, die einen fünften Akt darstellen. Wie aber kann eine Regierung energig sein, wenn sie so übermäßig einseitigen proletarischen Massencharakter trägt wie die jetzige. Herr Scheidemann

innerliche Berufsstille sein, die wir eines Menschen Leistung nennen. Der Aufbau der politischen Gestaltungen aus den Gesellschaftsleistungen: das ist die Staatsform, die wir zu gestalten haben, die schöpferische Demokratie der Zukunft. Eine Demokratie, die freilich mit allem, was heute demokratische Staatsform heißt: mit Republik, gleichem Stimmrecht, Verhältniswahl, Parlamentarismus usw. im wesentlichen gar nichts zu schaffen hat und diese Einrichtungen als Rahmen ihrer Neuschöpfung eben nur als gegeben hinimmt, nachdem der Mißerfolg die

wird das Anwachsen der bürgerlichen Opposition nicht verhindern, wenn die Sozialdemokratie sich nicht begnügt, mitzuregieren, anstatt wie jetzt, allein zu regieren.

Vertreter süddeutscher Städte im Ruhrrevier.

(Eigener Drahtbericht)
Essen, 12. Sept. Einem Beschluß der süddeutschen Städtevereinigungen folgend, begaben sich die Vertreter der badischen, bayerischen, hessischen und württembergischen Städte zusammen mit Arbeitervertretern verschiedener Richtungen nach dem Ruhrrevier, um in Verhandlungen mit dem Bergarbeiterverband die außerordentliche Prolongation der süddeutschen Kohlenversorgung voranzutreiben und die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse im Vergleich zu leuchten. Bei den Verhandlungen, die unter dem Vorsitz des Bürgermeister von Stuttgart stattfanden, wurden mit den Vertretern der Bergarbeiterverbände die verschiedenen Fragen eingehend besprochen. Die Verhandlungen mit den betreffenden Stellen werden fortgesetzt.

Die Bewegung in der deutschen Metallindustrie.

(Eigener Drahtbericht)
Berlin, 12. Sept. (Wolff.) Die Ortsverwaltung des deutschen Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Berlin, hat dem Schlichtungsausschuß schriftlich mitgeteilt, daß die Konferenz der Vertrauensleute ihrer Organisation sich an den weiteren Verhandlungen des Schlichtungsausschusses nicht mehr beteiligen könne. In dem Schreiben heißt es zum Schluß: Während einerseits den Wünschen der Arbeitgeber jenseits der Schlichtungskommission in weitem Umfang Rechnung getragen werde, seien andererseits die berechtigten Forderungen und Wünsche der Arbeiterschaft völlig unberücksichtigt geblieben. Aus diesem Grunde hätten die Arbeiter des Verbandes zum Schlichtungsausschuß vollständig zurückzutreten.

Beginn des Rücktransportes der in amerikanischen Händen befindlichen Kriegsgefangenen.

(Eigener Drahtbericht)
Berlin, 12. Sept. (Wolff.) Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß der Rücktransport der in amerikanischen Händen befindlichen Kriegsgefangenen bereits am 18. September beginnt. Die ersten Transporten sollen der Reihe nach den Durchgangsorten Weslar, Siechen, Rastatt, Simsburg und Mannheim angeführt werden.

Die Baumwollversorgung.

(Eigener Drahtbericht)
Amsterdam, 12. Sept. (Wolff.) Nach englischen Blättern vom 12. September darf amerikanische Baumwolle jetzt unbedenklich aus Großbritannien nach allen Bestimmungszielen auszuführen werden.

Kein Kaffee-Einfuhrverbot.

(Eigener Drahtbericht)
Berlin, 12. Sept. (Wolff.) Nach Mitteilung von ausländischer Stelle ist die Nachricht, daß die deutsche Regierung ein Kaffee-Einfuhrverbot erlassen habe, unzutreffend. Es ist nur eine vorläufige Konsultation über den Kaffee-Einfuhrer erfolgt, die aber voraussichtlich bald wieder aufgehoben wird.

Die Lösung der Teschener Frage. — Ministerkrisen in Südbanien und Rumänien.

(Eigener Drahtbericht)
Verailles, 12. Sept. (Wolff.) Die Frage von Teschen ist gelöst. Der Oberste Rat hat mit Zustimmung der tschechoslowakischen und polnischen Friedensdelegation beschlossen, daß die Bevölkerung von Teschen selbst über ihr Schicksal entscheidet. Die Volksabstimmung soll unter ähnlichen Bedingungen wie in Oberschlesien stattfinden.

„Liberté“ zufolge soll die Weigerung der rumänischen und südbanischen Friedensdelegation, den österreichischen Friedensvertrag zu unterzeichnen, an zwei Ministerkrisen geknüpft haben. Sowohl Davidsowitsch wie Bratianu hätten ihre Demission angeboten.

Das Kriegsspiel auf dem Balkan.

(Eigener Drahtbericht)
Bern, 12. Sept. (Wolff.) Wie das montenegrinische Konsulat in Genf bekannt gibt, sind zwischen den serbischen Offizierskorps und den montenegrinischen Blutiae Kämpfe ausgebrochen, in denen die Serben 186 Tote und 200 Verwundete hatten. Der serbische Oberkommandant läßt sogleich zwei Divisionen Verstärkungen von Cattaro herbeischicken.

andere gearteten Außerlichkeiten zertrümmert und damit für absehbare Zeit historisch gerichtet hat. Uebrigens zeigt uns der Anblick aller lebensvollen Demokratien der Gegenwart auch schon, daß sie nicht von Republik, Wahlmodus und Parlamentsform abhängen (man betrachte der Reihe nach etwa Dänemark, England, die Schweiz und die Vereinigten Staaten), sondern von eben jenem in ihnen als lebendige Ueberlieferung bestehenden Gleichgewicht zwischen Leistung und Weltung, das freilich auch dort noch viel vollkommenerer Ausprägung freibt.

Die schöpferische Kraft aller Politik bewährt sich freilich erst ganz in der politischen Verwirklichung der Wirklichkeit: in der Fähigkeit, den Dingen die Wesensgestalt zu geben, welche in der Idee als die ihnen zutreffende erkannt worden ist, der aber die sich selbst überlassene Wirklichkeit nur schwankend und ohne die Sicherheit der irdischen Erfüllung ausbleibt. Politik höchsten Stils gründet sich auf die rechte Auswirkung der Idee in der Realität. Niemand ist so solcher Politik besser befähigt, als ein geschlagenes Volk. Denn es steht vor der harten Notwendigkeit, eine neue Realität zu gestalten, und für die Idee macht nichts so empfänglich, als schmerzliche Leid und Enttäuschung, die an vergangenen Realitäten erlebt wurde. So wäre denn heute die Stunde der Deutschen, der Welt die Idee und die Wirklichkeit einer neuen Staatschöpfung zu schenken. Dazu aber bedarf es zweier Grundbedingungen. Die Demokratie, welche das Idealwesen von Weltung und Leistung bedeutet, wird weder in verfassungspolitischen noch in wirtschaftspolitischen Formalitäten verwirklicht. Dies eben ist ja der Fehlschlag der bürgerlichen und der sozialistischen Demokratie alter Prägung, die heute beide ratlos vor den Aufgaben der Zukunft stehen. Um auf ihren Weltungswert gemessen zu werden, muß die Leistung des Menschen aus einem ganz neuen Geiste geboren werden. Hier wächst die Forderung der schöpferischen Demokratie über alle Wirtschaft-, Sozial-, Verfassung-, ja Kulturpolitik (im bisherigen Sinne) hinaus und wird zu einem Problem des neuen Menschen. Damit aber übersteigt sie auch alle nationalen Schranken und wird zu einem Problem der Welt.

Die Antwort der Allierten in der deutsch-österreichischen Anschlussfrage.

(Eigener Drahtbericht)
Berlin, 12. Sept. (Wolff.) Nach einem Telegramm der deutschen Botschaft in Versailles hat Ministerpräsident Clemenceau folgende Notiz vom 11. September übermitteln lassen:

Durch eine Note vom 2. ds. Mts. haben die a. und a. Mächte die deutsche Regierung auf einen die Beziehungen Deutschlands zu der österreichischen Republik betreffenden Artikel der neuen deutschen Verfassung hinüberweisen, der mit den Bestimmungen des Friedensvertrages über diese Frage nicht im Einklang steht. Die deutsche Regierung hat mit ihrer Note vom 5. September beantwortet, daß tatsächlich kein Artikel, wie auch kein klarer Wortsinne immer sei, mit dem Friedensvertrag im Widerspruch stehen kann, weil in der Verfassung ein anderer Artikel steht, der besagt, daß keine der Bestimmungen des Vertrags Eintrag tun kann.

Dank diesem finnischen Kunststück hätte die deutsche Verfassung offenbar geändert werden, daß ihr Wortlaut jeder der Bestimmungen des Friedensvertrages widerspreche. Sie könnte a. B. beschreiben, daß ein deutsches Meer von mehreren Millionen Mann im Wege der Aushebung gehalten werden soll, und wenn die a. und a. Regierungen darauf aufmerksam machten, daß diese Bestimmungen gegen den Vertrag sei, der die Größe des deutschen Heeres genau begrenzt und die Aushebung unterbietet, so könnte die deutsche Regierung antworten, daß wenn dies so sei, die Verfassung selbst in ihrem Artikel 179 eine genügende Sicherheit vorgegeben habe, in dem sie erklärt, daß nichts in dem Vertrage habe, die Verfassung berührt werden kann. Man könnte sagen, dies sei eine reine Sophistik, aber sie rechtfertigt sich, wenn man im Artikel 112 der deutschen Verfassung in ihrer jetzigen Form liest, daß kein Deutscher zur Auslieferung durch ein fremdes Gericht angehalten werden kann, während der Vertrag ausdrücklich vorieht, daß gewisse Personen, die eines Verbrechens gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges angeklagt werden, auszuliefern und vor ein fremdes Gericht zu stellen sind.

Nach der deutschen Antwort soll Artikel 178 aufgenommen worden sein, um jeden möglichen Widerspruch zwischen den Vorschriften der Verfassung und den Bedingungen des Friedensvertrages zu vermeiden. Dies ist eine ausgezeichnete Abhilfe, wenn es sich um Widersprüche anfechtbarer oder unvorhergesehener Art handelt, wie für die Scharfhirn der Juristen in der Fassung zweier langer und beweisbarer Urkunden entbeden kann.

Sie aber handelt es sich nicht um anfechtbare und unvorhergesehene Widersprüche. Die Widersprüche gegen die sich der Vertrag der a. und a. Regierungen richtet, sind gewiß klar und offenbar und können nur gemollt sein. Niemand wird glauben, daß die Urheber der deutschen Verfassung bei der Aufnahme des Artikels 179 nicht mußten, daß diese Bestimmungen mit den wenigen Wochen vorher von Deutschland feierlich übernommenen Verpflichtungen unvereinbar waren. Dieser Zustand darf nicht länger dauern. Die deutsche Regierung erkennt an und erklärt, daß wenn die Verfassung und der Vertrag im Widerspruch stehen, die Verfassung nicht vorzuziehen darf. Am Einblick auf diese Anerkennung ermarken die a. und a. Regierungen von der deutschen Regierung, daß sie ohne weiteren Verzögerung die Auslieferung der in ihrer Antwort vom 5. September den

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

